

kam auch die Korrumpierung von staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und Repräsentanten, die Entwicklung und Verfestigung mafiöser Strukturen und hermetischer Milieus, in denen Drogenkriminalität mit anderen illegalen Aktivitäten wie verbotenen Glücksspielen, Prostitution, Schutzgelderpressung, Kidnapping und Auftragsmorden Hand in Hand ging.

All dies lässt sich militärisch nicht bekämpfen. Vielmehr zeigen die genannten Beispiele aus Mexiko, dass die Kollateralschäden einer Militarisierung der Suchtbekämpfung, eines Krieges gegen die Drogen, nicht zu begrenzen sind und ganze Gesellschaften in den Abgrund reißen können.

Dass Autoren wie Boullosa, Wallace und Hari vor diesem Hintergrund für eine Legalisierung des Drogenkonsums plädieren, ist naheliegend. Aber eine kontrollierte Legalisierung des Drogenhandels dürfte umso schwieriger werden, je stärker sich mafiöse Strukturen verfestigt haben und je größer deren Kapitalmacht ist. Al Capone wurde wegen Steuervergehen inhaftiert, und seine Nachfolger haben daraus die Lehre gezogen, Drogenkapital, wo es nur geht, zu »waschen«, in legale Unternehmen zu investieren und so Staat und Justiz lediglich die weiße Seite ihrer Weste zu präsentieren. Eine weltweite Legalisierung würde nicht zum großen Weißwaschen einladen, sondern die vorhandenen Syndikate zur Entwicklung neuer Geschäftsfelder drängen. Denn für Geld gibt es bis heute keine Ersatzdroge.

Carmen Boullosa/Mike Wallace: ¡Es reicht! Der Fall Mexiko: Warum wir eine neue globale Drogenpolitik brauchen. Kunstmann, München 2015, 288 S., 19,95 €. – Johann Hari: Drogen. Die Geschichte eines langen Krieges. S. Fischer, Frankfurt/M. 2015, 448 S., 24,99 €. – Anne Huffs Schmid/Wolf-Dieter Vogel/Nana Heidhues/Michael Krämer (Hg.): TerrorZones. Gewalt und Gegenwehr in Lateinamerika. Assoziation A, Berlin 2015, 256 S., 18,00 €. – Don Winslow: Tage der Toten. Suhrkamp, Berlin 2012, 689 S., 9,99 €.



Ulrich Baron

ist Literaturwissenschaftler und arbeitet als Kritiker und freier Publizist in Hamburg.

ulrich.baron@t-online.de

Peter Brandt

Der wertkonservative Linke

Die Erinnerungen von Erhard Eppler

Erhard Eppler zieht im Alter von bald 90 Jahren – auf gut 300 Seiten erfreulich knapp, auch insofern diszipliniert – eine Bilanz seines Lebens, eines überaus tätigen und stets denkenden Lebens: Es begann in der Mitte der Weimarer Republik als Sohn eines Gymnasiallehrers, dann -direktors (dieser der erste soziale Aufsteiger seiner Familie) in Schwäbisch Hall und einer Pfarrerstochter aus einer der traditionell führenden bürgerlichen Familien Württembergs. Das evangelische Pfarrhaus, diese Sozialisationsagentur des deutschen Bildungsbürgertums, hat indirekt auch Eppler geprägt, nicht nur hin-

sichtlich des religiösen bzw. kirchlichen Engagements. Dabei hatte er das Glück, durch seinen Großvater mütterlicherseits erste Impulse von der politisch progressivsten Variante des deutschen Protestantismus zu erhalten, wie sie im Wilhelminischen Kaiserreich Friedrich Naumann mit seiner Synthese von Nationalpatriotismus, Liberalismus und sozialpolitischem Engagement verkörperte. Naumann propagierte eine breite Mitte-Links-Koalition unter Einschluss der Sozialdemokraten. (Die meisten Pastoren, vor allem nördlich des Mains, waren ja konservativ, nach 1918 dann deutsch-national gesinnt.)

Unsentimental und nüchtern, aber sehr lebendig und aufschlussreich wird die Kindheit und Jugend im »Dritten Reich« geschildert: im Jungvolk, in einer eher renitenten Spielschar der Hitlerjugend, als Flakhelfer, im Arbeitsdienst und in der Wehrmacht, wo Eppler 1944/45 die Wirklichkeit des Krieges kennenlernte. Gegenüber der denunziatorischen Tendenz in Teilen der heutigen Öffentlichkeit, die eine Art Kollektivschuld-Vorwurf in der Vergangenheitsform erhebt, wird hier erneut deutlich, dass die Aufteilung in »Täter« und »Opfer« die Verhältnisse im nationalsozialistischen Deutschland ebenso wenig erfassen kann wie die simple Unterscheidung von Anhängern und Gegnern des Führerstaats. Das gilt teilweise sogar für eingeschriebene NSDAP-Mitglieder, Nachgeborenen sei dies dringend in Erinnerung gerufen!

Sicherlich hatte es Eppler mit seinem familiären und geistigen Hintergrund leichter als viele Altersgenossen, die von außen ermöglichte, aber ohne autochthone Voraussetzungen nie realisierbare Demokratiegründung nach 1945 als äußere und innere Befreiung zu erleben. Mehr als die autoritäre Disposition wohl eher bestärkende »Reeducation« der amerikanischen Besatzungsmacht trug dazu ein zweisemestriger, von kritischen Berner Intellektuellen ermöglichter Studienaufenthalt in der Schweiz 1947/48 bei, wo er auf ein dezidiert demokratisches und für das Gemeinwesen engagiertes Bildungsbürgertum traf, dem jeder Dünkel fremd war.

Auf dem Weg zum Politiker kam an Epplers Hauptstudienort Tübingen früh Carlo Schmid ins Spiel, als Professor für Völkerrecht damals noch ein Exot in der wiedererstandenen SPD. Zunächst, für mehrere Jahre, führte der Weg 1952/53 in die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) unter Vorsitz Gustav Heinemanns, gegründet in Reaktion auf die einsame Entscheidung Konrad Adenauers, die praktische, wirtschaftliche und kulturelle Westorientierung der jungen Bundesrepublik um die militärische Westbindung samt Remilitarisierung zu ergänzen und die Wiedervereinigung Deutschlands damit in die ferne Zukunft zu verschieben. Die Heinemann-Partei war eine linksprotestantisch gefärbte, intelligenzbürgerliche Vereinigung, aus der später bekanntlich eine Reihe herausragender Politiker zur SPD kamen, aber sie hatte keinerlei Aussichten bei Wahlen. Erhard Eppler, der schon in seinen Zwanzigern zum Bundesvorstand der GVP gehörte, tat den Schritt in die damals noch stark arbeiterparteiliche Sozialdemokratie Anfang 1956, angestoßen durch einen Brief Fritz Erlers, den späteren brillanten Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, nach 1945 im deutschen Südwesten tätig, den er neben Gustav Heinemann und Willy Brandt einen seiner wichtigsten politischen Mentoren nennt. Zu seiner positiven Überraschung wurde der einem SPD-fremden Milieu entstammende junge Dr. phil. überwiegend freundlich aufgenommen. »Ich hatte«, so heißt es in seiner Autobiografie, »den Käfig einer bildungsbürgerlichen Existenz hinter mir gelassen, ohne irgendetwas aufzugeben oder abzuwerfen, was ich dort gelernt hatte«. Als Delegierter des Parteitags 1959 stimmte Eppler dem Godesberger Programm zu, war dabei beeindruckt von der demokratischen Professionalität und der Disziplin der Abgesandten.

Das stark und noch zunehmende politische Engagement – 1961 erste Kandidatur für den Bundestag und Einzug über die Landesliste – erzwang den Abschied vom Schuldienst, den Eppler mehr als pflichtgemäß und mit Freude geleistet hatte.

Seit den frühen 70er Jahren wurde die Ökologie, vielleicht genauer: der ökologische Aspekt gesellschaftskritischer Theorie und Praxis, eines der zentralen Themen Erhard Epplers. Davor, darauf weist er nachdrücklich hin, hatte er, wie alle damaligen Linken, auch die weitaus radikaleren Entwicklungen, die Problematik grenzenlosen industriellen Wachstums und riskanter, avancierter Technologien noch nicht im Blick. Und er betont auch, dass das Umdenken mehr durch Erfahrungen und Beobachtungen, nicht zuletzt in der südlichen Hemisphäre, hervorgerufen wurde als durch systematische Lektüre. Vom Beginn der innerparteilichen Debatte über die Thematik bis zum Ausstiegsbeschluss der SPD aus der Atomenergie 1986 dauerte es über zehn Jahre, und wenn es jemanden gibt, der sich das im Hinblick auf seine gedanklichen Anstöße und sein hartnäckiges Agieren auf die Fahne schreiben kann, dann ist das Erhard Eppler. Er selbst betont den Druck (von unten), den der Aktivisten und Bürgerinitiativen sowie den Einstellungswandel als entscheidendes Movens.

Obwohl zunächst in verschiedenen Ausschüssen des Parlaments tätig, so im Finanzausschuss, sah sich Eppler vorrangig als Außenpolitiker, wo er die Vorphase der sozialdemokratischen Entspannungspolitik in der Regierung der ersten Großen Koalition (1966-69) begleitete und auch schon mit gestaltete. Seine auf Reisen erworbene Einsicht in die Verhältnisse östlich der Elbe und der Oder ließ ihn erkennen, wie wichtig es war, den Ländern des östlichen Mitteleuropa die Vorstellung einer anhaltenden deutschen Bedrohung, eines »westdeutschen Revanchismus«, zu nehmen, um dort etwas in Bewegung zu setzen. Epplers entspannungskonzeptionelle Grundüberlegung beruhte also nicht so sehr auf der resignativen Einsicht in die Stärke des Sowjetsystems und des Ostblocks (obwohl er die machtpolitischen Tatsachen registrierte) als auf der Erkenntnis ihrer inneren Schwäche. Auch die militärischen Möglichkeiten der Sowjetarmee, namentlich auf dem atomaren Feld, schätzte er realistischer ein als es das von der NATO-Propaganda gezeichnete Bedrohungsszenario tat. Die globale Überlegenheit der USA stand für ihn niemals ernsthaft infrage. Und diese Wahrnehmungen bestimmten auch seine Haltung in der Kontroverse über die »Nachrüstung« um 1980.

Aufmerksam auf diesen Dr. Eppler war ich schon geworden, als er noch zu Zeiten der Großen Koalition, in der Nachfolge von Hans-Jürgen Wischnewski Entwicklungshilfeminister wurde und man den Eindruck bekam, hier nimmt sich erstmals ein westdeutsches Regierungsmitglied mit dem gebotenen Ernst, mit Akribie und unter geistiger Durchdringung der Sache der globalen Nord-Süd-Problematik an. Eppler blieb unter der ersten und zweiten Kanzlerschaft Willy Brandts im Amt, schied aus der Regierung Schmidt jedoch bereits nach einigen Wochen durch Rücktritt aus, weil die Herabstufung des Etats seines Ministeriums eine Weiterarbeit sinnlos erscheinen ließ. Was ihn an Helmut Schmidt hauptsächlich störte, war übrigens nicht das Bemühen um pragmatische Lösungen als solche, sondern, wie er sagt, dessen »Macher-Pathos« wie auch die Unfähigkeit oder Unwilligkeit, eine konträre Position überhaupt angemessen zu erkennen. »Wo die Differenz da gesucht wird, wo sie gar nicht besteht, ist Verständigung nun einmal nicht möglich.« Wie wahr! Dass DER SPIEGEL das Buch im Hinblick auf diese Passagen als Abrechnung mit Schmidt meinte charakterisieren zu müssen, ist der üblichen Skandalisierungssucht geschuldet.

In dem ein Jahr nach dem Rücktritt vom Ministeramt erschienenen Werk *Ende oder Wende*, das den Ruf Epplers als eher linken Ökologie-Politiker für eine breitere

Öffentlichkeit begründete, formulierte er die Unterscheidung zwischen Strukturkonservatismus und Wertkonservatismus, auf die er im Untertitel seiner Erinnerungen und Reflexionen wieder Bezug nimmt.

Von 1973 bis 1980 führte Erhard Eppler den baden-württembergischen Landesverband der SPD und die Landtagsfraktion. Gegen Hans Filbinger wie gegen Lothar Späth unterlag er 1976 bzw. 1980 mit, gemessen an den Umständen, durchaus respektablem, aus heutiger Sicht grandiosem Ergebnis von fast genau einem Drittel der Stimmen. Mehr als die Feindseligkeit der christdemokratischen Landtagsabgeordneten mit ihren geradezu unterirdischen Zwischenrufen quälte die Illoyalität eines Teils der eigenen Fraktion, wo einige Personen sich als Informanten und Stichwortgeber der meist konservativen Regionalpresse betätigten.

Ausführlicher als die leitende Tätigkeit im Vorstand bzw. Präsidium der Evangelischen Kirchentage seit 1977 nimmt das Buch die Arbeit der SPD-Grundwertekommission in den Blick, die Eppler seit 1973 leitete. Diese Kommission bereitete das Berliner Programm von 1989 vor – mehr als berechtigt die tiefe Enttäuschung darüber, dass dieses ausgezeichnete Programm, so wörtlich »von oben abgeblockt, in der (SPD-)Baracke erstickt« wurde, was der Autor nicht rechtssozialdemokratischen Dunkelmännern, sondern der Egomane Oskar Lafontaines anlastet. Kurios, aber zutreffend: Das offizielle Grundsatzprogramm als faktisches Geheimdokument!

Im Hinblick auf die politische Wirkung noch bedeutender war vielleicht die zweite Großtat der Grundwertekommission: der Dialog mit der SED-Akademie für Gesellschaftswissenschaften Mitte der 80er Jahre; aus diesem Dialog ging das Papier über den »Streit der Ideologien und die Gemeinsame Sicherheit« vom August 1987 hervor. Es ist Eppler beizupflichten, dass das Papier in der DDR, gerade auch in der SED, breit diskutiert wurde – anders als in der Bundesrepublik, wo der Inhalt von Gegnern oder Skeptikern kaum zur Kenntnis genommen wurde. Fassungslos scheint Eppler immer noch darüber zu sein, dass das SED-Politbüro geradezu beiläufig der Veröffentlichung des brisanten Textes zustimmte, offenbar ohne die Implikationen und Risiken des Vorgangs zu begreifen. Es waren maßgeblich diese und weitere Erfahrungen, die Erhard Eppler veranlassten, in seiner Rede vor dem Bundestag zum 17. Juni 1989, also vor Beginn der akuten Existenzkrise der DDR, vorsichtig, aber unschwer erkennbar, die Perspektive einer Demokratisierung des ostdeutschen Staates gegen die SED-Spitze und letztlich der Neuvereinigung Deutschlands zu eröffnen. Hätte die sozialdemokratische Bundestagsfraktion damals den Inhalt dieser wichtigen Rede voll rezipiert, dann wäre sie besser imstande gewesen, auf das, was dann kam, mit einer eigenen, nicht nur defensiven Strategie zu reagieren.

In den hinteren Kapiteln des glänzend geschriebenen Buches finden wir eine tief-schürfende, im buchstäblichen Sinn radikale Auseinandersetzung mit dem neoliberalen bzw. marktradikalen Paradigma, das uns im Hinblick auf die Lösung der Menschheitsproblematik schon mehrere Jahrzehnte gekostet habe, und dessen erstaunlichem Wiederaufleben nach der Krise von 2008/09, sowie vor allem mit dessen ökonomischem Menschenbild. Betont fair und freundlich sind übrigens die Passagen über Gerhard Schröder und dessen Regierung. Generell gehört die Charakterisierung und Bewertung der diversen Weggefährten zu den Stärken des Buches, gelegentlich kritisch ohne Umschweife, aber immer um Gerechtigkeit im Urteil bemüht und niemals die persönliche Integrität infrage stellend (mit einer – begründeten – Ausnahme). Es finden sich in dem Buch grundlegende Aussagen über Europa, insbesondere dessen bzw. Deutschlands Verhältnis zu Russland. Eppler gehört ja zu den »Putin-Versteher« ge-

scholtenen Mahnern vor einer Isolierung des großen Nachbarn im Osten unter der Fahne des Menschenrechtsuniversalismus. Seiner Partei, die er bei allen kritischen Einwänden seit seinem Rückzug aus der aktiven Politik hochgradig solidarisch begleitet hat, gibt Eppler den Rat, über die im Detail überzeugende Argumentation, über die Demonstration von Sachkompetenz, nicht die tiefer liegenden Schichten der Wählerpsychologie zu vernachlässigen, die eben nicht allein egoistische Wünsche und Sehnsüchte hegen, sondern die nach einer »entspannten, freundlichen, hilfsbereiten Gesellschaft«, nach mehr Gleichheit, »mehr Miteinander und weniger Wettbewerb« dürsten. Mit allgemeinen, aber als Botschaft von den Menschen verstandenen Parolen wie der aus den frühen 70er Jahren: »Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein, nach innen und nach außen«, formuliert in der ersten Regierungserklärung des neu gewählten Bundeskanzlers Willy Brandt vom 28. Oktober 1969, hat die SPD ihren historischen Wahlsieg des Jahres 1972 vorbereitet. Ein Plädoyer auch gegen den Insider-Politikersprech. »Eine solche Botschaft«, so Eppler gegen Ende seiner Memoiren, »die auch dem Väterlichen und Mütterlichen wieder einen hohen Rang einräumt, würde sehr wohl zu einer modernen Politikerin passen, die zwar die Härte des politischen Geschäfts aushält, aber doch etwas von dem ausstrahlen könnte, was ihr politisch vorschwebt«.

Erhard Eppler: Links leben. Erinnerungen eines Wertkonservativen. Propyläen, Berlin 2015, 336 S., 22,00 €.



Peter Brandt

ist Professor (i.R.) für Neuere deutsche und europäische Geschichte und ehrenamtlich Direktor des interdisziplinären Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften (DTIEV) an der Fernuniversität Hagen.

peter.brandt@fernuni-hagen.de

Karsten Rudolph

Vergangenheit, die nicht ruhen soll

Der Umgang der SPD mit den Hypotheken des »Dritten Reiches«

»In keiner anderen westdeutschen Partei – die bald unbedeutende KPD einmal aufgenommen – wurden nach 1945 so viele Gegner und Verfolgte des Nationalsozialismus politisch aktiv wie in der SPD«, schreibt die Historikerin Kristina Meyer in ihrer kürzlich erschienenen Dissertation, für die sie den Willy-Brandt-Preis für Zeitgeschichte 2015 erhielt. »Alle 25 Mitglieder des ersten sozialdemokratischen Parteivorstands nach Kriegsende waren mit dem Verfolgungsapparat des NS-Regimes in Berührung gekommen.« Wer nun allerdings meint, bereits aus diesen Eingangssätzen auf den Inhalt der groß angelegten Studie schließen zu können, der wird sich noch wundern. Denn: Die SPD strich diesen Umstand weder groß heraus, noch machte sie sich zum politischen Sprachrohr einer Politik, die mit der NS-Vergangenheit der deutschen Gesellschaft hart ins Gericht ging. Vielmehr setzte sie auf das scheinbar Naheliegende, nämlich dass die Wähler ihr, als einzige standhaft gebliebene Partei der Demokratie, endlich zu ihrem historischen Recht verhelfen und sie in die politische Verantwortung bringen würden. Doch die SPD wurde darin bald enttäuscht.